

N i e d e r s c h r i f t HFA/VII/29

Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeinde Rosendahl am 24.09.2009 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend waren:

Der Ausschussvorsitzende

Niehues, Franz-Josef Bürgermeister

Die Ausschussmitglieder

Branse, Martin
Haßler, Christa
Löchtefeld, Klaus
Mensing, Hartwig

als Vertreter für Neumann,
Michael

Reints, Hermann
Riermann, Günter

als Vertreter für Fliß,
Thomas

Schulze Baek, Franz-Josef
Söller, Hubert
Steindorf, Ralf

als Vertreter für Kuhl, Horst

Von der Verwaltung

Gottheil, Erich
Isfort, Werner
Homerling, Antonius
Fuchs, Maria

Allgemeiner Vertreter
Kämmerer
Fachbereichsleiter
Schriftführerin

bis einschl. TOP 3 nö.S.
bis einschl. TOP 3 nö.S.

Als Gast zu TOP 5 ö.S.

Schräder, Georg Werbering Osterwick

Als Gäste zu TOP 3 nö.S.

Wolter, Herbert
Lembeck, Christoph

Wehrführer
Löschzugführer

Es fehlten entschuldigt:

Die Ausschussmitglieder

Fliß, Thomas
Kuhl, Horst
Neumann, Michael

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 23:15 Uhr

Tagesordnung

1 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen

Berichtsbedarf war nicht vorhanden.

2 2. Finanzzwischenbericht für das Haushaltsjahr 2009; Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz (Konjunkturprogramm II); Genehmigung von über-/außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen Vorlage: VII/897

Bürgermeister Niehues verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage.

Kämmerer Isfort wies darauf hin, dass er den 1. Finanzzwischenbericht im Haupt- und Finanzausschuss am 29. April 2009 seinerzeit aus konkretem Anlass abgegeben habe. Heute folge der 2. Finanzzwischenbericht mit Stand 30. Juni 2009, wobei er neuere Erkenntnisse bereits mit berücksichtigt habe. Anschließend gab er anhand einer Power-Point-Präsentation einen ausführlichen aktuellen Bericht, den er um die ersten Eckwerte zum Haushalt 2010 ergänzte. Die Power-Point-Präsentation ist dem Protokoll als **Anlage I** beigefügt.

Auf Zwischenfrage vom Fraktionsvorsitzenden Mensing erläuterte Kämmerer Isfort, dass man hinsichtlich der Höhe der zu erwartenden Gewerbesteuererinnahme nicht zwingend noch größere Veränderungen erwarte.

Weitere Verständnisfragen der Ausschussmitglieder wurden umfassend beantwortet.

Fraktionsvorsitzender Branse äußerte den Wunsch, über die Punkte 1 – 5 des Beschlussvorschlages getrennt abstimmen zu lassen.

Abschließend fasste der Haupt- und Finanzausschuss folgende **Beschlussvorschläge für den Rat:**

1. Der 2. Finanzzwischenbericht für das Haushaltsjahr 2009 wird einschließlich der mit Anlage I zum Bericht bekannt gegebenen unerheblichen über-/außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. Die in Anlage II zum 2. Finanzzwischenbericht 2009 aufgeführten erheblichen über-/außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen werden, soweit sie nicht bereits durch gesonderten Beschluss genehmigt wurden, genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3. Der im Hinblick auf die Verwendung der Zuweisungen aus dem Zukunftsinvestitionsgesetz (Konjunkturprogramm II) vom Rat im Rahmen der Beschlussfassung des Haushaltes 2009 am 17.02.2009 gefasste Beschluss wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen

4. Der Verwendung von Mitteln aus dem Konjunkturprogramm II für die auf Seite 24 des 2. Finanzzwischenberichtes 2009 aufgeführten Maßnahmen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen

5. Über die Verwendung der verbleibenden Mittel aus dem Konjunkturprogramm II gemäß Bewilligungsbescheid der Bezirksregierung vom 08.04.2009 wird im Rahmen der Haushaltsberatungen 2010 entschieden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**3 Gebührenachkalkulation 2008 der Benutzungsgebühren für den Friedhof Holtwick und seiner Bestattungseinrichtungen
Vorlage: VII/901**

Bürgermeister Niehues verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage.

Abschließend fasste der Haupt- und Finanzausschuss folgenden **Beschluss:**

Die Gebührenachkalkulation 2008 der Benutzungsgebühren für den Friedhof Holtwick und seiner Bestattungseinrichtungen wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**4 Gebührenachkalkulation 2008 der Benutzungsgebühren für die Übergangsheime
Vorlage: VII/900**

Bürgermeister Niehues verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage.

Ausschussmitglied Löchtfeld bat um Auskunft, ob die ausgewiesene Reduzierung der Energiekosten an den eingeleiteten Maßnahmen zur Energiekostenreduzierung oder an einer geringeren Belegung der Heime liege.

Fachbereichsleiter Homering bestätigte, dass dies zum überwiegenden Teil an den eingeleiteten Maßnahmen liege.

Ausschussmitglied Löchtfeld fragte nach, ob durch die Verschiebung der Bewohner auf andere Heime zusätzliche Kosten entstanden seien.

Fachbereichsleiter Homering verneinte dies.

Fraktionsvorsitzender Branse fragte hinsichtlich der Reduzierung der Personalausgaben nach, ob hier eine Maßnahme gestrichen oder geschoben worden sei.

Fachbereichsleiter Homering erläuterte, dass dies mit organisatorischen Maßnahmen zu tun habe. Der Hausmeister für die Übergangwohnheime, Herr Timmer, habe einen Großteil seiner Tätigkeiten in anderen Bereichen geleistet. Es handele sich somit um eine echte Einsparung.

Abschließend fasste der Haupt- und Finanzausschuss folgenden **Beschluss**:

Die Gebührennachkalkulation 2008 der Benutzungsgebühren für die Übergangsheime wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**5 Antrag des Werberinges Osterwick auf Gewährung eines Zuschusses für die Umrüstung der Weihnachtsbeleuchtung im Ortsteil Osterwick (von Glühbirnenbeleuchtung auf Schlauchbeleuchtung)
Vorlage: VII/902**

Bürgermeister Niehues verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage. Er begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Schröder vom Werbering Osterwick.

Herr Schröder bedankte sich für die Einladung. Zu Anschauungszwecken habe er einen bereits umgerüsteten Weihnachtsbaum mitgebracht. Die Ausschussmitglieder könnten sich so im Vorfeld ihrer Entscheidung von der Wirkung der Lichterschläuche überzeugen.

Herr Schröder erläuterte den Ausschussmitgliedern anschließend ausführlich, dass die vorhandene Weihnachtsbeleuchtung in den letzten Jahren hohe Reparatur- und Energiekosten verursacht habe. Durch die geplante Umrüstung der Weihnachtsbeleuchtung erhoffe sich der Werbering eine Kostensenkung bei den Instand- und Unterhaltungskosten. Darüber hinaus werde sich der Energiebedarf erheblich reduzieren. Die bisherige Beleuchtung verbrauche ca. 3.000 kw/h Strom im Jahr. Die vorgesehene neue Beleuchtung verbrauche dagegen nur ca. 850 kw/h im Jahr, so dass die Gemeinde bei einer Beleuchtung mit Lichterschläuchen etwa 230 Euro Stromkosten im Jahr sparen werde. Der Werbering hoffe nun, noch in 2009 einen Zuschuss von der Gemeinde für die Umrüstung der Weihnachtsbäume auf Lichterschlauch zu erhalten, da die Umrüstung noch in diesem Jahr erfolgen solle.

Fraktionsvorsitzender Mensing zeigte sich angetan von der vorgestellten Maßnahme. Man habe sich innerhalb der Fraktion gefragt, was man unter einem Lichterschlauch verstehen müsse. Er habe jetzt an dem Vorführbaum gesehen, dass der Lichterschlauch ein Motiv bilde, dies gefalle ihm gut. Zwar könne er sich auch vorstellen, Energiesparlampen einzubauen, ihm sei jedoch bewusst, dass die hierdurch entstehenden Umrüstungs- und Unterhaltungskosten höher seien.

Ausschussmitglied Haßler teilte mit, dass sie sehr dankbar sei, dass Herr Schröder den Baum zu Vorführzwecken mitgebracht habe. Nun habe sie eine Vorstellung vom Aussehen dieser Lichterschläuche. Ihr gefalle die vorgesehene Umgestaltung der Weihnachtsbeleuchtung sehr, so dass sie dem Antrag jetzt zustimmen könne.

Ausschussmitglied Löchtefeld teilte mit, dass er dagegen gewesen wäre, wenn man Schläuche ähnlich wie in Coesfeld hätte installieren wollen. In der vorgestellten Form könne er sich dem Antrag jedoch anschließen.

Abschließend fasste der Haupt- und Finanzausschuss folgenden **Beschluss**:

Dem Werbering Osterwick wird zu den entstehenden Kosten in Höhe von rund 3.640 € für die Umrüstung der Weihnachtsbeleuchtung im Ortsteil Osterwick von derzeit Glühbirnen auf stromsparende Lichterschläuche ein einmaliger Zuschuss in Höhe von 1.800 € gewährt. Die entsprechenden Finanzmittel stehen in dem Deckungskreis des Produktes 23 – Wirtschaftsförderung – zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6 Festlegung von Leitsätzen für die Gewährung von Altersteilzeit für Beamte der Gemeinde Rosendahl
Vorlage: VII/895

Bürgermeister Niehues verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage sowie auf die Beratung und Beschlussfassung in der Haupt- und Finanzausschusssitzung am 18. Juni 2009. An dieser Stelle in öffentlicher Sitzung sei die Angelegenheit nun vom Grundsatz her zu diskutieren ohne Ansinnen einer Person.

Ausschussmitglied Reints wies darauf hin, dass es sich hier um eine sehr sensible Angelegenheit handele. Es stünden hier immer Menschen dahinter, die sich überlegen würden, aus dem Arbeitsleben auszuschneiden. Aus dem Arbeitsleben auszuschneiden koste für beide Seiten Geld. Er persönlich habe sich für die Alternative entschieden, von der Gewährung von Altersteilzeit abzusehen. Es gebe auch andere Wege, vor Erreichen der Altersgrenze in Pension zu gehen, dies sei die freie Entscheidung eines jeden Beamten. Er lehne daher die Gewährung von Altersteilzeit ab.

Fraktionsvorsitzender Mensing führte aus, dass im Regelfall der Arbeitgeber mit der Altersteilzeit etwas erreichen wolle. Mit dem Instrument der Altersteilzeit sei dem Arbeitgeber ein Lenkungsinstrument zum Personalabbau an die Hand gegeben worden. Er sehe nicht, dass hier überflüssiges Personal vorzeitig in den Ruhestand geschickt werden solle. Er persönlich sei der Auffassung, dass in der Verwaltung Personal fehle und daher wolle er auch qualifiziertes Personal länger halten. Er habe im Internet nachgeschaut, wie das Bundesministerium sowie der Landesrechnungshof zum Instrument der Altersteilzeit stehen würden. Hier sei jeweils festgestellt worden, dass die Altersteilzeit für den Dienstherrn zu teuer sei. Beim Bund habe man daraufhin keine Altersteilzeit für Beamtinnen und Beamte mehr bewilligt. Im Bundesland Hessen laufe die Altersteilzeit zum Ende des Jahres aus und werde nicht mehr verlängert. Der Grund sei eine Berechnung des Landesrechnungshofes Hessen, wonach Altersteilzeit zu teuer sei. Vor der Kommunalwahl habe man von allen Parteien lesen können, dass diese für Haushaltskonsolidierung seien. Wenn man nun lese, dass der Landesrechnungshof und andere das Instrument der Altersteilzeit als zu teuer für den Dienstherrn bewerten würden, könne man in Rosendahl nicht so tun, als ob die Altersteilzeit hier nichts koste. Wer Haushaltskonsolidierung wolle, solle nicht mehr Geld ausgeben, als vorhanden sei.

Bürgermeister Niehues verwies hinsichtlich der Kosten auf die der Sitzungsvorlage Nr. VII/851 beigefügten Berechnung über die finanziellen Auswirkungen der beantragten Altersteilzeit. Danach sei die Altersteilzeit für die Gemeinde Rosendahl über einen Zeitraum von 30 Jahren nahezu kostenneutral. Zunächst erziele man sogar einen Spareffekt, weil weniger Gehalt für gleiche Leistung gezahlt werden müsse.

Man könne daher nicht so im Raum stehen lassen, dass die Altersteilzeit unglaublich viel Geld koste. Er sei der Auffassung, dass sich die Kosten für die Altersteilzeit im vertretbaren Rahmen halten würden.

Fraktionsvorsitzender Branse vertrat die Auffassung, dass der Bundesrechnungshof auch rechnen könne. Dieser habe sich eindeutig gegen das Instrument der Altersteilzeit ausgesprochen. Er stimme den Ausführungen von Herrn Reints inhaltlich zu. Es gebe auch das Instrument der Dienstunfähigkeit aus gesundheitlichen Gründen. Die Dienstunfähigkeit stelle der Amtsarzt fest. Das seien die Spielregeln. Er sehe hier nur zwei Möglichkeiten: Entweder lege man Kriterien für die Gewährung von Altersteilzeit fest oder man entscheide sich gegen die Gewährung von Altersteilzeit. Er persönlich wolle von der Gewährung von Altersteilzeit für Beamte generell absehen, da die Altersteilzeit kein Sparmodell sei.

Auch er sei für die Konsolidierung des Haushaltes, so Fraktionsvorsitzender Steindorf. Er sehe aber auch die jeweilige Person, die hinter dem Antrag auf Gewährung von Altersteilzeit stehe. Diese Person habe bei der Inanspruchnahme von Altersteilzeit ebenso wie der Dienstherr einen finanziellen Nachteil. Tariflich Beschäftigte hätten nach dem Altersteilzeitgesetz ab der Vollendung des 60. Lebensjahres einen Rechtsanspruch auf die Inanspruchnahme von Altersteilzeit, dieser Anspruch solle den Beamten von den anderen Fraktionen verwehrt werden. Er halte dies für eine nicht hinzunehmende Ungleichbehandlung von tariflich Beschäftigten und Beamten. Die Festlegung von Kriterien für die Gewährung von Altersteilzeit halte er für vertretbar, so sei hier nur eine begrenzte Anzahl von Beamten betroffen. Er werde dem Beschlussvorschlag in Teilen zustimmen, jedoch nicht in Gänze.

Fraktionsvorsitzender Mensing fasste zusammen, dass im Ausschuss unterschiedliche Meinungen vorhanden seien. So seien einige Ausschussmitglieder für die Gewährung von Altersteilzeit, einige seien dagegen. Er schlage daher vor, zunächst eine Entscheidung über die generelle Gewährung von Altersteilzeit zu treffen. Falls die Entscheidung dann zugunsten der Gewährung ausfalle, könne man sich noch über die Kriterien unterhalten. Er beantrage darüber hinaus für die generelle Entscheidung geheime Abstimmung.

Fraktionsvorsitzender Steindorf wies hinsichtlich der festgelegten Kriterien darauf hin, dass einiges für die Gewährung von Altersteilzeit im Blockmodell spreche. Hier wisse man genau, zu welchem Zeitpunkt eine Ersatzkraft benötigt werde. Gegenüber anderen Möglichkeiten habe man hier Planungssicherheit.

Fraktionsvorsitzender Branse stellte klar, dass es hier ausdrücklich nicht um die Entscheidung über den Antrag einer bestimmten Person gehe, sondern um eine generelle Entscheidung darüber, ob Altersteilzeit bewilligt werden solle oder nicht.

Bürgermeister Niehues fragte Herrn Steindorf, was dieser am Beschlussvorschlag geändert haben wolle.

Fraktionsvorsitzender Steindorf antwortete, dass er keine Änderungen, sondern getrennte Abstimmung über die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages wünsche, da er den Punkten 1 und 2 des Beschlussvorschlages zustimmen könne, dem Punkt 3 jedoch nicht.

Bürgermeister Niehues schlug daraufhin vor, über die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages getrennt abzustimmen, damit sei auch dem Antrag von Herrn Mensing Genüge getan, weil Punkt 1 des Beschlussvorschlages die generelle Gewährung von Altersteilzeit beinhalte.

Anschließend ließ er über den Antrag von Herrn Mensing auf geheime Abstimmung

über Punkt 1 **abstimmen**.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen

Bürgermeister Niehues wies darauf hin, dass sich hiermit mehr als die erforderliche Anzahl von 1/5 der Ausschussmitglieder für die geheime Abstimmung ausgesprochen hätten. Somit müsse gemäß § 26 i.V.m. § 16 Abs. 4 der Geschäftsordnung über Punkt 1 des Beschlussvorschlages geheim abgestimmt werden.

Er unterbrach anschließend für die Vorbereitung der geheimen Abstimmung die Sitzung für 10 Minuten.

Ausschussmitglied Söller wies im Anschluss an die Sitzungsunterbrechung darauf hin, dass das Land NRW die Altersteilzeit kürzlich erst um fünf Jahre verlängert habe. Hier könne man sehen, dass es auch unterschiedliche Meinungen zur Altersteilzeit gebe.

Bürgermeister Niehues wies hinsichtlich der geheimen Abstimmung darauf hin, dass der Ausschuss zunächst nur über Punkt 1 des Beschlussvorschlages entscheide. Wenn sich nun die Mehrheit der Ausschussmitglieder gegen die Gewährung von Altersteilzeit aussprechen würden, sei eine Abstimmung über Punkt 2 und 3 des Beschlussvorschlages entbehrlich. Er bat die Ausschussmitglieder anschließend um Stimmabgabe. Die Auszählung der Stimmen erfolgte durch den Allgemeinen Vertreter Gottheil sowie den Fachbereichsleiter Homering.

Die Abstimmungen ergaben folgende **Beschlussvorschläge für den Rat**:

1. Gemäß § 65 Abs. 3 Landesbeamtengesetz NW (LBG NW) wendet die Gemeinde Rosendahl die in § 65 LBG NW vorgesehene Regelung zur Altersteilzeit auf alle Beamten des gehobenen Dienstes an.

Ergebnis der geheimen Abstimmung:

5 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

2. Altersteilzeit wird ausschließlich im Blockmodell bewilligt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3. Die Entscheidung über die Gewährung von Altersteilzeit für Beamte im konkreten Fall trifft der Bürgermeister im Rahmen dieser Leitsätze.

Abstimmungsergebnis:

2 Ja-Stimmen
8 Nein-Stimmen

7 Änderung des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2009 Vorlage: VII/898

Bürgermeister Niehues verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage und erläuterte diese. Die Stelle des Allgemeinen Vertreters sei in vielen Gemeinden in der Größenordnung von Rosendahl für den höheren Dienst ausgewiesen. Er unterstütze diese Änderung des Stellenplanes sehr, da hier auch nach außen dokumentiert werden könne, welche gute Arbeit der Allgemeine Vertreter leiste. Es handle sich hier nicht zuletzt um eine gewisse Wertschätzung für geleistete gute Arbeit.

liche Beschwerden von Anwohnern gegeben habe. Auch der Geschäftsführer des K+K-Marktes habe ihm über erhebliche Probleme mit Vandalismus berichtet. Daher seien die Bänke an dieser Stelle ungeeignet. Man könne die Bänke besser an anderer Stelle neu aufstellen. Den Beschwerden der Anlieger müsse Rechnung getragen werden. Er stehe zu der Entscheidung, dass die Bänke dort entfernt worden seien.

Fraktionsvorsitzender Branse berichtete über sein diesbezügliches Gespräch mit einem jungen Erwachsenen aus Darfeld. Dieser habe ihm berichtet, dass die Jugendlichen früher bereits von allen Treffpunkten vertrieben worden seien. Daher habe dieser kein Interesse mehr an Kommunalpolitik. Man spreche seitens des Rates und der Verwaltung immer von Familienfreundlichkeit, diese Familienfreundlichkeit gelte jedoch augenscheinlich nicht für die Jugendlichen. Jeder sage, Jugendliche ja, aber nicht vor meiner Haustür. Er wies darauf hin, dass es in Darfeld keine geeignete Stelle für die Jugendlichen gebe. Auch im Bereich des Bahnhofs würden sich die Leute schon wieder darüber aufregen, dass sich dort Jugendliche aufhalten würden.

Bürgermeister Niehues antwortete, dass ihm bekannt sei, dass es in Darfeld keinen geeigneten Treffpunkt für Jugendliche gebe. Dies sei ihm auch von Seiten der Jugendlichen zugetragen worden. Deshalb sei er auf der Suche nach einem geeigneten Treffpunkt. Nach seiner Auffassung biete sich der Bahnhofsbereich an. Daher habe er vor, die Bänke, die am K+K entfernt worden seien, im Bahnhofsumfeld wieder aufzustellen.

Fraktionsvorsitzender Branse wies darauf hin, dass Jugendliche ihre Plätze selbst wählen würden. Dies sei momentan der Platz am K+K. Sie wollten sich nicht an den Ortsrand drängen lassen. Man müsse sich darüber im Klaren sein, dass Jugendliche immer jemanden stören würden, dennoch hätten auch die Jugendlichen ein Anrecht auf einen Treffpunkt. Man könne Jugendliche nicht überall dort wegscheuchen, wo sich jemand gestört fühle. Den Jugendlichen würden die Treffpunkte entzogen, die sie sich selbst ausgesucht hätten. Einen bessern Platz im Ortskern von Darfeld kenne er nicht. Er halte die Entfernung der Bänke für eine absolute Fehlentscheidung. Er sei dafür, dass die Bänke wieder dort hingestellt werden, wo sie waren, und zwar nicht nur für die Senioren, sondern auch für die Jugendlichen. Dem Dilemma, dass die Jugendlichen dort Unfug treiben würden, müsse man mit anderen Mitteln entgegentreten.

Bürgermeister Niehues informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass die Mitarbeiter des Ordnungsamtes des öfteren vor Ort nach dem Rechten schauen müssten. Man könne ja über einen neuen Standort für die Bänke nachdenken, man müsse dabei aber auch begründeten Bürgerwünschen nachkommen. Die Jugendlichen könnten sich nach seiner Auffassung auch im Dorfpark treffen.

Er halte den Antrag aufrecht, so Fraktionsvorsitzender Steindorf. Er stimme Herrn Branse voll zu hinsichtlich seiner Aussage, dass es nicht in Ordnung sei, die Jugendlichen an den Ortsrand zu drängen.

Bürgermeister Niehues erklärte nochmals, dass es doch nur darum gehe, einen ungeeigneten Standort zu verlegen. Der Standort am K+K-Markt habe nur zu Ärger geführt. Frau Everding habe ihm bestätigt, dass er Recht habe und dass man nach so vielen Jahren hier einmal handeln müsse.

Ausschussmitglied Haßler monierte, dass Bürgermeister Niehues die Angelegenheit im Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschuss unter dem Tagesordnungspunkt Mitteilungen vorgestellt habe. Der Ausschuss habe gar nicht darüber sprechen können, ob es auch andere Möglichkeiten gebe. Das Hauptproblem sei, dass hier eigenmächtig Dinge durchgesetzt worden seien. Man müsse gemeinsam überlegen,

welche Möglichkeiten es gebe, dass die Jugendlichen sich wohlfühlen.

Bürgermeister Niehues entgegnete, dass es noch nie Gegenstand einer Sitzung gewesen sei zu entscheiden, wo eine Bank aufgestellt werde. Dies sei immer Sache der Verwaltung gewesen. Auch die Zuständigkeitsordnung sehe nicht vor, dass ein Ausschuss über die Aufstellung von Bänken entscheide. Er habe die beabsichtigte Umsetzung in der Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschusssitzung lediglich mitteilen wollen. Dass den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses die Umsetzung der Bänke nicht gefalle, stelle er nun fest. Dennoch möchte er am K+K-Markt die Bänke nicht wieder aufstellen.

Fraktionsvorsitzender Steindorf erinnerte an seinen Antrag.

Fraktionsvorsitzender Branse wies nochmals darauf hin, dass sich die Jugendlichen diesen Treffpunkt selbst ausgesucht hätten. Es sei ihm absolut nicht Recht, den Jugendlichen diesen Treffpunkt wegzunehmen. Er bat ebenfalls um Abstimmung über den Antrag von Herrn Steindorf. Ggf. müsse auch der Gemeinderat bemüht werden, damit eine Entscheidung gefunden werde.

Abschließend ließ Bürgermeister Niehues über den Antrag von Herrn Steindorf, die Bänke im Bereich des Lebensmittelmarktes wieder an ihrem ursprünglichen Standort aufzustellen, **abstimmen**.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	7 Ja-Stimmen
	1 Nein-Stimme
	2 Enthaltungen

9 Mitteilungen

9.1 Abrechnung Nachtbus

Bürgermeister Niehues teilte den Ausschussmitgliedern mit, dass die Abrechnung vom 13. Betriebsjahres (2008) des Nachtbusses vorliege. Die Endabrechnung werde dem Protokoll als **Anlage II** beigefügt.

9.2 Änderung des Aufpreises Nachtbusses zum 1. August 2009

Bürgermeister Niehues berichtete den Ausschussmitgliedern, dass sich die RVM aus Organisationsgründen entschlossen habe, für die Nutzung des Nachtbusses bis 24.00 Uhr keinen Aufpreis mehr zu erheben. Ab 24.00 Uhr werde ein zweistufiger Aufpreis erhoben.

9.3 Gründung der Regionale Agentur GmbH beim Kreis Borken

Bürgermeister Niehues informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass am 24. September 2009 die Gründung der Regionale Agentur GmbH im Kreishaus in Borken erfolgt und die Geschäftsführerin bestellt worden sei.

10 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 Gescho

10.1 Kosten für die Aufstellung eines zweiten Münzautomaten an der Wohnmobilstation in Darfeld - Herr Riermann

Ausschussmitglied Riermann wies darauf hin, dass an der Wohnmobilstation in Darfeld teilweise 8 – 10 Fahrzeuge stehen würden. Für diese Fahrzeuge stünde nur ein Münzautomat mit 4 Steckdosen für den Strombezug zur Verfügung. Er würde gerne wissen, welche Kosten für die Aufstellung eines zweiten Münzautomaten an der Wohnmobilstation in Darfeld entstehen würden. Darüber hinaus sollte seitens der Verwaltung geprüft werden, ob man den Strompreis nicht anpassen könne. Ihm sei zugetragen worden, dass der Strom zu günstig sei.

Bürgermeister Niehues sagte eine Beantwortung über das Protokoll zu.

Antwort:

Es werden Angebote für einen zweiten Münzautomaten eingeholt. Über die Anschaffung eines zweiten Münzautomaten kann im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2010 entschieden werden. Darüber hinaus erfolgt eine Überprüfung des Strompreises. Ggf. wird der Strompreis kurzfristig angepasst.

10.2 Tempobegrenzung auf der L 571 vom Gewerbegebiet Eichenkamp bis zum Ortseingangsschild von Osterwick - Herr Löchtefeld

Ausschussmitglied Löchtefeld schlug vor, auf der L 571 von Richtung Holtwick kommend auf dem Teilstück ab Einfahrt zum Gewerbegebiet Eichenkamp bis zum Ortsschild die Geschwindigkeit auf 70 km/h zu begrenzen. Bislang sei es so, dass man zunächst auf 70 km/h heruntergebremst werde. Diese Geschwindigkeitsbegrenzung werde anschließend wieder aufgehoben und kurze Zeit später erreiche man das Ortsschild. Nach seiner Auffassung mache es Sinn, die Tempo-70-Begrenzung nicht wieder aufzuheben.

Bürgermeister Niehues sagte zu, die Situation vor Ort vom Straßenverkehrsamt überprüfen zu lassen.

10.3 Kosten der Beförderung mit dem Nachtbus - Herr Schulze Baek

Ausschussmitglied Schulze Baek fragte nach, was eine Fahrt mit dem Nachtbus koste.

Bürgermeister Niehues verwies auf den vorliegenden Infolyer der RVM.

10.4 Nachfrage zum Sachstand der Leistungsklage gegen den ehemaligen Bürgermeister Meyering - Herr Branse

Fraktionsvorsitzender Branse fragte hinsichtlich der Leistungsklage gegen den ehemaligen Bürgermeister nach, ob es seitens der Verwaltung Neues zu berichten gäbe. Darüber hinaus fragte er nach, ob Bürgermeister Niehues die Frage, ob die Versicherung zahle, nun mit ‚ja‘ oder ‚nein‘ beantworten könne.

Bürgermeister Niehues antwortete, dass das Gericht die Angelegenheit auf Anfang des nächsten Jahres verschoben habe. Ob die Versicherung zahle, hänge vom Ausgang des Verfahrens ab.

10.5 Nachfrage zum Sachstand der Leistungsklage gegen den ehemaligen Bürgermeister Meyering - Frau Haßler

Ausschussmitglied Haßler berichtete, dass sie hinsichtlich der Leistungsklage Akteneinsicht genommen habe. Bei dieser Gelegenheit habe sie gesehen, dass der Inhalt eines wichtigen Briefes vom 6. Januar 2009 dem Rat nicht zur Kenntnis gegeben worden sei. Sie wolle gerne wissen, welchen Grund es hierfür gebe.

Bürgermeister Niehues antwortete, dass er nach Rücksprache mit dem Anwalt und der Kommunalaufsicht keine Notwendigkeit gesehen habe, den Rat über dieses Schreiben in Kenntnis zu setzen.

Ausschussmitglied Söller fragte nach, ob es sich eventuell um ein entscheidendes Schreiben handeln könne.

Bürgermeister Niehues sah dieses nicht so.

Ausschussmitglied Söller entgegnete, dass er anderer Meinung sei. Nach seiner Auffassung müsse dieses Schreiben dem Rat unbedingt zur Kenntnis gegeben werden.

Fraktionsvorsitzender Branse wies darauf hin, dass er sich gerne ein eigenes Bild vom Inhalt des Schreibens machen würde. Er wolle dieses Schreiben daher sehen.

Bürgermeister Niehues sagte zu, das in Rede stehende Schreiben dem Gemeinderat zukommen zu lassen.

10.6 Wohnwagenlager am Bahnhof in Darfeld - Herr Reints

Ausschussmitglied Reints fragte nach, ob es sich bei dem Wohnwagenlager am Bahnhof Darfeld um Dauercamper handele und wer den Strom, das Wasser und die Entsorgung bezahle.

Fachbereichsleiter Homering teilte mit, dass es sich bei den Wohnwagenbewohnern um Schausteller handele, die den Stoppelmarkt in Darfeld beschickt hätten und am kommenden Wochenende auch auf der Kartoffelkirmes in Osterwick vertreten seien. Den Strom würden die Schausteller über den Heimatverein erhalten und auch mit diesem abrechnen. Nach Beendigung der Osterwicker Kirmes habe sich das Problem erledigt, da die Schausteller weiterziehen würden.

Ausschussmitglied Reints fragte nach, wer für die Beseitigung des durch die Wohnwagenbewohner am Bahnhofes abgestellten Kleinmülls zuständig sei.

Fachbereichsleiter Homering antwortete, dass er darauf achten werde, dass dieser Müll nicht auf Kosten der Gemeinde beseitigt werde.

10.7 Unkoordiniertes Abstellen der Fahrräder auf dem Marienplatz im Ortsteil Osterwick - Herr Steindorf

Fraktionsvorsitzender Steindorf verwies auf das interfraktionelle Gespräch Anfang September, in dem Bürgermeister Niehues über die Situation auf dem Marienplatz in Osterwick berichtet habe. Hier hätten sich die Gewerbetreibenden beschwert, dass durch abgestellte Fahrräder Parkplätze blockiert würden. Herr Niehues habe seinerzeit mitgeteilt, dass die Schüler angewiesen werden sollten, ihre Fahrräder vor dem leeren Ladenlokal auf der gegenüberliegenden Seite bzw. im dortigen Innenhof abzustellen. Tatsächlich habe nun ein paar Tage ein Gemeindebediensteter die Abstellung der Fahrräder überwacht. Dieses sei aber augenscheinlich jetzt beendet. Nun sei ihm von Seiten der Gewerbetreibenden mitgeteilt worden, dass sich durch diese Maßnahme das Problem nicht gelöst habe. Stattdessen wolle die Gemeinde jetzt die Anzahl der Parkplätze verringern und den blauen Fahrradständer entfernen.

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass es schwer machbar sei, ohne Kontrolle die Schüler dazu zu bewegen, ihre Fahrräder auf der anderen Seite am leerstehenden Ladenlokal abzustellen. Es sei personell nicht möglich, jeden Morgen einen Gemeindebediensteten zur Kontrolle abzustellen. Man müsse darüber nachdenken, zusätzliche Fahrradständer vor dem leerstehenden Ladenlokal aufzustellen. Es stimme nicht, dass die Gemeinde Parkplätze verringern und den Fahrradständer entfernen wolle.

Fraktionsvorsitzender Steindorf schlug vor, dass Bürgermeister Niehues mit dem Eigentümer des leerstehenden Ladenlokals über eine mögliche Anpachtung der Fläche sprechen solle.

Bürgermeister Niehues antwortete, dass der Eigentümer keinen Pachtvertrag wolle, er sei auch ohne Vertrag mit der Nutzung einverstanden.

Fraktionsvorsitzender Steindorf wies darauf hin, dass bei der derzeitigen Situation den Gewerbetreibenden der Kundenstrom abgebunden werde. Auch er werde dort nicht Kunde, wo er nicht parken könne. Er schlug vor, die blauen Fahrradständer auf der Fläche der Evangelischen Kirchengemeinde auf der gegenüberliegenden Seite der Hauptstraße aufzustellen.

Bürgermeister Niehues wies darauf hin, dass die Fahrradständer fest montiert seien. Auch halte er ein Überqueren der Straße durch die Schüler für bedenklich. Er werde jedoch in der nächsten Planungs-, Bau- und Umweltausschusssitzung einen Vorschlag zur Lösung des Problems unterbreiten.

11 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO

11.1 Situation an der Haltestelle Hauptstraße in Osterwick - Frau Everding

Frau Everding berichtete über ihr Gespräch mit der Imbissstubenbetreiberin. In diesem Gespräch sei ihr mitgeteilt worden, dass durch die unkontrolliert abgestellten Fahrräder eine Nutzung des Bürgersteiges durch Rollstuhlfahrer sowie Kinderwagen nicht mehr möglich sei. Sie begrüßte den Vorschlag, auf der gegenüberliegenden Straßenseite Fahrradständer aufzustellen. Die Bedenken, dass die Kinder die Straße überqueren müssten, teile sie nicht, da die Kinder sowieso einmal die Straße überqueren müssten.

Bürgermeister Niehues entgegnete, dass fraglich sei, ob der Fahrradständer auf der gegenüberliegenden Straßenseite angenommen werde. Man habe doch jetzt gesehen, dass die Kinder ihre Fahrräder dort hinstellen würden, wo sie wollten. Die Kinder würden ihre Fahrräder auch weiterhin auf dem Marienplatz abstellen, selbst wenn keine Fahrradständer mehr vorhanden seien.

Frau Everding schlug vor, dass die Situation durch Senioren geregelt werden könne.

Bürgermeister Niehues wies nochmals darauf hin, dass er in der nächsten Planungs-, Bau- und Umweltausschusssitzung einen Lösungsvorschlag unterbreiten werde.

Frau Everding wies darauf hin, dass der Baum am Ende des Parkplatzes das Licht von der Straßenlaterne wegnehme. Dadurch sei es auf dem Parkplatz sehr dunkel.

Bürgermeister Niehues sagte Überprüfung zu.

Anschließend wurde eine Sitzungspause von 10 Minuten eingelegt.